

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidentiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Insertionspreise:** Die 10geleit. Kolonellselle 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10geleit. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Restamtselle 2 Pf. Inserate o. ausw.: die 10geleit. Kolonellselle 40 Pf. bei Vorkauf 50 Pf. Restamtselle 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Kuhhandel um das Reichsschulgesez

### Das Aufsichtsrecht der Kirche

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien hat am Mittwoch nach mehr als sechsstündigen Beratungen seine Erörterungen über die Paragraphen 14 und 16 des Reichsschulgesezes abgeschlossen. In diesen Paragraphen wird der Religionsunterricht in den Volksschulen und die Einschulung in den Religionsunterricht behandelt. Am Schluss der Sitzung teilte der deutsche nationale Vorsitzende des Ausschusses, Graf Westarp, mit, daß über die beiden Paragraphen eine Einigung erzielt worden sei, nach der allen Befürchtungen, es könnte die geistliche Ortsschulaufsicht wieder entstehen, der Boden entzogen würde.

Dazu erzählt der Sozial. Pressebericht, daß nach dem Kompromiß die Kontrolle des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Pfarrer zwar ausgeschaltet wird, die geplante geistliche Schulaufsicht an sich aber insofern bleibt, als für die Kontrolle des Religionsunterrichts in Zukunft eine bestimmte Anzahl von Personen zu benennenden Personen in Aussicht genommen ist. Sie sollen gewissermaßen im Hauptberuf im Lande herumreisen und die einzelnen Schulen kontrollieren.

### Der neue Paragraph 16

SPD Berlin, 12. Januar. (Radio.)

Der am Mittwoch von den Regierungsparteien beschlossene Kompromißvertrag zu dem § 16 des Reichsschulgesezes hat folgenden Wortlaut:

Der Ausschuss wolle beschließen:

§ 16. Den Religionsgesellschaften ist — unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes (Artikel 144 und 148, Abs. 1 der Reichsverfassung) — Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgesellschaften haben zu dem Zwecke das Recht der Einschulung in den Religionsunterricht. Dieses Recht kann nicht an den Ortsgemeinschaften als solchen übertragen werden.

Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnis der Dienstaufsicht.

§ 16a. In den Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts in der Volksschule durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben.

Diese Formulierung läuft darauf hinaus, die Öffentlichkeit zu betriegen und den Eindruck zu erwecken, als ob die kirchliche Schulaufsicht im großen und ganzen fortfällt und die Religionsgesellschaften nur von Fall zu Fall das Recht haben, den Religionsunterricht in den Volksschulen zu kontrollieren. In Wirklichkeit wird die kirchliche Schulaufsicht für alle Zukunft und in dem von den Religionsgesellschaften gewünschten Umfang sanktioniert. Die Deutsche Volkspartei hat damit alles aufgegeben, was sie gestern noch als heilig verkündete. Trotzdem droht heute die Germaniamitteilung mit einer Regierungskrise, wenn die Deutsche Volkspartei nicht auch noch hinsichtlich der unstrittigen Frage der Simultanschulen nachgibt.

## Die neue Kriegerverversorgung

Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten ist in Deutschland trotz großer Sterblichkeit noch immer im Wachsen begriffen. Nach dem soeben erschienenen Haushaltsvoranschlag für 1928 beträgt ihre Zahl 705 000, einschließlich 45 000 Kapitulanten des alten Heeres. 1924, bei der erstmaligen Fählung der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, waren es nur 771 335. Zu Tausenden schickte also die große Armee des Krieges nachträglich krank und steh gewordene Angehörige alljährlich neu in die Versorgung. Selbst die Zahl der Witwen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren durch zahlreiche Wiederverheiratungen stark verminderte, steht mit 375 000 nur um rund 4000 unter der Zahl von 1924. Zurückgegangen ist infolge der Erreichung des 18. Lebensjahres, bei dem in der Regel die Versorgung aufhört, die Zahl der Kriegswaisen. 1924 betrug sie noch 1 081 409; nach dem Voranschlag für 1928 sind noch rund 780 000 Waisen zu versorgen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegereatern ist jedoch im gleichen Zeitraum infolge Verberung der gesetzlichen Bestimmungen von rund 194 000 auf rund 232 000 gestiegen. Im ganzen sind also in Deutschland noch rund 2 200 000 Menschen an der Kriegerverversorgung interessiert. Der Aufwand ist im Voranschlag für 1928 mit rund 1 480 000 000 Reichsmark für diesen Personenkreis veranschlagt.

Diese Zahlen kennzeichnen die unverminderte Größe des sozialen Problems, vor das wir durch den Krieg noch auf viele Jahre gestellt sind. Die deutschen Kriegsoffer waren mit ihrer Versorgung seit langem sehr unzufrieden. Ein erheblicher Teil dieser Versorgung wird in Form von Ausgleichszulagen und Zuschüssen gewährt. Die Gewährung von Ausgleichszulagen ist von einem erlernten Beruf, die Gewährung von Zuschüssen von der Bedürftigkeit abhängig. Dieses System brachte eine starke Benachteiligung der ungelerten Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen sowie der sogenannten Leichtbeschädigten mit sich. Die Versorgungsberechtigten forderten daher einen Einbau dieser Teile der Versorgung in die Grundrente. Auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien konnten sich auf die Dauer von der Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit betonten Notwendigkeit nicht entziehen, einen Umbau der Versorgung in dieser Richtung vorzunehmen. Im März 1926 von der Sozialdemokratie gestellt, wick die Regierung aus und ließ erkennen, daß sie die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen erst im Zusammenhang mit der Befoldungsreform treffen wolle. Dieser Abzick lag die für die Sozialpolitik des Bürgerblocks bezeichnende Erwägung zugrunde: Wenn der notwendige gesetzgeberische Umbau der Kriegsverversorgung außerhalb des Zusammenhangs mit der Beamtenbefoldung erfolgt, wie es die Sozialdemokratie verlangte, so hätten Sondermittel zu diesem Zweck beschafft werden müssen. Mit diesen Sondermitteln wäre die Versorgung erst einmal auf gesunde Füße gestellt worden. Bei der Neuregelung der Beamtenbefoldung hätte dann die den Beamten gewährte prozentuale Erhöhung nach § 87 des Reichsverversorgungsgesezes automatisch auf die Bezüge der Kriegsoffer Ausdehnung finden müssen. Aber gerade diesen Vorteil wollte die Bürgerblockregierung den Kriegsoffern vorenthalten. Zu diesem Zweck verknüpfte sie den grundsätzlichen Umbau der Kriegsverversorgung mit der Befoldungsreform für die Beamten und führte sie im wesentlichen mit den aus der automatischen Erhöhung sich ergebenden Beträgen durch. So kam es, daß die 5. Novelle zum Reichsverversorgungsgesez durch einen Einbau von 22 Prozent der Zusatzrente in die Grundrente zwar eine Verbesserung der Grundrenten und damit eine Erhöhung der unhaltbaren Bezüge der sogenannten Leichtbeschädigten brachte, jedoch auf Kosten der Witwen, Waisen und Eltern. Während die durchschnittliche Erhöhung der Bezüge der vergleichbaren Beamtengruppen zwischen 20 und 25 Prozent liegt, sollten die Witwen nur eine Erhöhung von 9,3 Prozent, die Bezüge der Eltern sogar nur eine solche von 6 Prozent erfahren. Das hat eine ungeheure Empörung in den Kreisen der Hinterbliebenen ausgelöst.

Die Sozialdemokratie ist bestrebt gewesen, die Mängel des Entwurfs zu beseitigen. Sie hat zunächst versucht, die Grundrenten durch völligen Einbau der Zusatzrenten und der Ausgleichszulagen so zu verstärken, daß nicht nur die Hinterbliebenen im Vergleich mit der Beamtenbefoldung ohne jede Schädigung geblieben wären, sondern auch die Renten der Beschädigten eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Entwurf erfahren haben würden. Als das an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien scheiterte, konzentrierte die Sozialdemokratie ihre Kraft darauf, die Schädigungen für die Hinterbliebenen auszumergen oder wenigstens zu mildern. Auch diese Bemühungen scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der Parteien des Bürgerblocks, die sich die Begründung der Regierung zu eigen machten, wonach jede Möglichkeit, daß Renten von Hinterbliebenen sich mit dem unumgänglichen Einkommen des Verstorbenen überschneiden könnten, unterbunden werden müsse, weil sonst die ganze Sozialgesetzgebung diskreditiert werde. Bei den Großrenten sind die Bürgerblockparteien nicht so zimperlich. Wenn es auch nicht möglich war, das Gesicht der 5. No-

## Betrügerei bei Reparationslieferungen

### Über 100 Millionen erschwindelt!

Der deutschen und französischen Regierung ist es gelungen, großen Betrügern bei Reparationslieferungen auf die Spur zu kommen. Es handelt sich um einen Reparationsstandal, bei dem die Schwindler Millionensummen erbeutet haben. Man spricht von einer Gesamtsumme von 150 bis 180 Millionen Mark. Für die betrügerischen Unternehmungen kommen nicht bestimmte Warenspesialitäten, sondern alle möglichen deutschen Produkte in Frage, u. a. Textilwaren, Eisen, Metall. Der Betrug ging in der Art vor sich, daß die deutschen Firmen falsche Fakturierter, falsche Rechnungen ausgestellt haben, wofür sie von ihren französischen Kompagnons Provision erhielten. Auf diese Art kamen Überlieferungen von barem Geld (Bartransaktionen) nach Frankreich zustande. Die deutsche Regierung ist dadurch im Gegensatz zu dem französischen Kabinett nicht geschädigt worden, da ihre Zahlungen an die Ententeänder durch die Damesquôte, fischen und nicht erniedrigt werden können. In dem Betrug liegt aber zweifellos eine Gefährdung der deutschen Währung.

Dazu erzählt der Sozial. Pressebericht von zuverlässiger Seite u. a. folgendes: Die betrügerischen Manipulationen reichen längere Zeit zurück. Der Anstoß zur Entlarvung der Betrüger ging von dem deutschen Finanzministerium aus. (Dezember 1927). Dem deutschen Zollinspektorat in Paris kam die Abwicklung verschiedener Verträge verdächtig vor. Daraufhin wurde über das deutsche Finanzministerium in Berlin die französische Regierung verständigt. Der französische Arbeitsminister Lardieu ordnete sofort eine strenge Kontrollierung der Güterlieferungsverträge in den Weideraufgebieten an, wodurch man den Verbrechern vollends auf die Spur kam. In Frankreich sind auch bereits mehrere Verhaftungen in dieser Angelegenheit erfolgt. Auch in Deutschland ist es, in Zusammenarbeit mit der französischen Regierung, gelungen, eine Reihe der wichtigsten Betrugsfälle aufzuklären. Die Firmen, die sich auf deutscher Seite an dem Betrugsmanöver beteiligt haben, sitzen zum größten Teil in Berlin. Vor allem wird die Paragessellschaft in Berlin genannt, ein Unternehmen, das in der Nachkriegszeit gegründet worden ist. Diese Gesellschaft ist bereits durch den Reichskommissar für 2 Jahre auf die schwarze Liste gesetzt und von weiteren Reparationslieferungen ausgeschlossen worden. Schwer belastet scheint auch eine rheinische Firma zu sein, die ihren Sitz in Düsseldorf hat. Es wird damit gerechnet, daß diese Firma im Laufe der nächsten Tage schwerwiegende betrügerische Handlungen überführt werden kann.

Von jeder gebildeten Privatkapital und Korruption zusammen. Es darf deshalb auch kein Wunder nehmen, wenn ein gigantischer Subventionismus, wie es die Reparationsfachleute Deutschlands an die anderen Länder sind, nicht die beteiligten Interessierten früher oder später korumpiert. Es handelt sich immer wieder um jene Schichten, die angeblid stets die Moral in Erbpacht haben und vorgeben, daß nur sie Ordnung im Staate schaffen könnten. Diese Ordnung scheint aber nur die Ausnutzung von Gelegenheiten zu sein, um sich an den sogenannten Feindrenten, wie sich die Unternehmensepresse immer ausdrückt, „besund zu stoßen“

### Einige von den Betrügern

12. Paris, 12. Januar.

Die Morgenpresse bringt Einzelheiten über die von der Polizei vorgenommenen Interventionen in dem Naturalieferungsstandal. Die erste Hausdurchsuchung set bei der Firma Minerva vorgenommen worden, wo Verträge über Kohlenlieferungen beschlagnahmt wurden. Sodann erfolgte die Vernehmung des Direktors Louis Goldschmidt, der Deutschen Import- und Exportgesellschaft, der nach seinen eigenen Aussagen eine bedeutende Rolle bei dem Zustandekommen von Verträgen über Naturalieferungen gespielt hat. Die Hausdurchsuchung bei dem früheren Vorsitzenden der Paragessellschaft habe bisher kein Ergebnis geliefert. Weiter griff die Polizei bei der Pariser Firma Grubberg et Lewy, der sogenannten Damesplan-Gesellschaft, ein; deren beide Chefs verhaftet wurden. Bei einem Präsidenten der Handelskammer, dessen Name nicht genannt wurde, sprach die Polizei ebenfalls vor. Ein gewisser Dauphin, der sich mit Schmelzlieferungen auf Reparationskonto beschäftigte und in den letzten Monaten über 20 000 Schafe nach Frankreich brachte, mußte ebenfalls Rechenschaft abgeben. Die bisherigen Untersuchungen sollen nach den Angaben des Pariser Journalisten bereits einwandfrei erwiesen haben, daß zwischen den französischen und den deutschen Kaufleuten enge Beziehungen zur Festlegung der Lieferungsverträge bestanden.

Es muß als sehr auffällig vermerkt werden, daß die deutschen Untersuchungsinstanzen der Öffentlichkeit die Namen der betrügerischen Firmen noch nicht mitgeteilt haben. Diese Zurückhaltung ist nicht am Wege — oder erscheint durch die Wäso der Patriotismus — gewisser nationaler Kreise in zu unangenehmer Beleuchtung?

### Zur Munitionsbeschlagnahme in Kiel

11. Halle a. d. Saale, 11. Januar.

Nach Mitteilung der Politischen Abteilung beim hiesigen Polizeipräsidenten kommt als Abänderung der Kieler Munitionsfabrikung eine im Fort Jänna del Torgau untergebrachte Zerlegungsfabrik in Frage. Die Angelegenheit wird bereits von der Kieler Staatsanwaltschaft bearbeitet. Die hiesigen Polizeibehörden erklären deshalb, detaillierte Auskünfte nicht geben zu können. — Aus Torgau wird zu der Angelegenheit gemeldet: Im Laufe des heutigen Vormittags besichtigte hier Kriminalrat Dubiel vom Landbestraßamt Halle zusammen mit einem Beamten der Kriminalpolizei in Torgau die frühere hiesige Munitionsfabrik bei Zinna, die jetzt als Schrottoarbeitsanstalt von Johann Schwarz arbeitet, eingehend. Die Schrottoarbeitsanstalt ist für die Reichsbahnbestraßungsbezirke Halle und Breslau eingerichtet. Die polizeiliche Besichtigung geschah im Zusammenhang mit der Munitionsbeschlagnahme in Kiel.